



Keine Krisenstimmung im Sozialdienst

REGION Auch im dritten Corona-Jahr blieben die Sozialhilfeszahlen stabil. Erst griffen die Hilfsmassnahmen – und nun das grosse Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Die gestiegenen Energiekosten machen sich (noch) nicht bemerkbar.

BIANCA HÜSING

Für eine Gesamtbilanz ist es wohl noch zu früh. Was sich aber jetzt schon sagen lässt: Die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind nicht ansatzweise so gravierend wie befürchtet. Der Schweizer Arbeitsmarkt präsentiert sich überaus stabil und die Sozialhilfeszahlen sind 2021 nach einem leichten Anstieg wieder zurückgegangen. Der von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe vorausgesagte Fallzuwachs um 21 Prozent ist bis dato ausgeblieben. Zwar rechnet man für 2022 noch mit nachgelagerten Effekten, da die Covid-Hilfsmassnahmen ausgelaufen sind und mehr Firmen Konkurs anmelden mussten. Ob sich dies auf die Sozialhilfe ausgewirkt hat, ist aber noch ungewiss: Die Zahlen werden erst in einigen Monaten publiziert. Ein Blick ins Frutigland gibt unterdessen Anlass zur Entwarnung.

In allen Branchen wird gesucht

In der Region war die Sozialhilfequote 2020 auf 1,7 Prozent angestiegen, lag aber bereits 2021 mit 1,51 Prozent wieder auf Vorkrisenniveau (2019: 1,49 Prozent). Die offizielle Statistik für 2022 liegt auch hier noch nicht vor, doch die Tendenz ist klar: «Das ganze Jahr hindurch konnten wir einen Rückgang der Fallzahlen beobachten», sagt Frutigens Sozialdienstleiter Markus Bieri. «Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind gut: In allen Branchen und auf allen Qualifikationsstufen werden Kräfte gesucht.»

Darüber hinaus musste der Sozialdienst weniger Gefährdungsmeldungen abklären. Die einzige Fallzunahme wurde im Bereich Beistandschaften verzeichnet. «Hier macht sich vor allem die Alterung der Gesellschaft bemerkbar», erklärt Bieri. Ein Grossteil der Beistandschaften musste für ältere Menschen organisiert werden, die nicht mehr oder eingeschränkt handlungsfähig sind und deren Familien nicht in der Nähe leben – eine Entwicklung, die sich in Zukunft wohl verstärken wird.



Die Corona-Pandemie hat auf die Sozialhilfeszahlen bislang einen deutlich kleineren Einfluss gehabt als befürchtet. Die gestiegenen Energiekosten wiederum schlagen sich in der Statistik noch nicht nieder – hier gilt es, das laufende Jahr abzuwarten. Auch die schwankende Zahl der Asylsuchenden birgt für die Sozialhilfe Unwägbarkeiten, weil sich die Situation jederzeit ändern kann.

BILD: TATYANA/STOCK.ADOBE.COM

Dass ein Rückgang der Sozialhilfeszahlen nicht automatisch mit geringeren Ausgaben einhergeht, zeigt sich mit Blick aufs Jahr 2021 ebenfalls. Zwar bezogen 39 Personen weniger Sozialhilfe als im Vorjahr – doch die Nettokosten pro Person sind um 12,4 Prozent gestiegen.

Teure Einzelschicksale

Die zehn teuersten Fälle waren laut Bieri Personen, die aufgrund einer psychischen Beeinträchtigung in Institutionen untergebracht werden mussten. Normalerweise wären vorgelagerte Sicherungssysteme wie die IV oder die Krankenkasse dafür zuständig. Doch bevor diese die Kosten übernehmen – wenn überhaupt –, laufen oft langwierige Abklärungsverfahren. Bis dahin springt der Sozialdienst ein und trägt die Unterbringungskosten. Und die schenken durchaus ein: Während ein Sozialhilfefall im

Schnitt 1400 Franken pro Monat kostet, sind bei Unterbringungen in Institutionen zwischen 5000 und 10000 Franken fällig. In der Regel erhält der Sozialdienst das Geld jedoch später zurückerstattet.

Fluchtbewegungen nehmen wieder zu

Corona hat das hiesige Sozialsystem also nicht an seine Grenzen gebracht. Und die Energiekrise? Hierzu kann Bieri noch keine Angaben machen, da die Preissteigerungen frühestens ab diesem Jahr greifen.

Ebenso unklar ist, inwieweit sich die gestiegenen Flüchtlingszahlen auf die Sozialhilfe auswirken werden. Für die ersten fünf (bei anerkannten Geflüchteten) respektive sieben Jahre (bei vorläufig Aufgenommenen) ist der Verein Asyl Berner Oberland (ABO) zuständig – und nicht der Regionale Sozialdienst. Da

Bieri dort jedoch im Vorstand sitzt, weiss er: «Zurzeit gibt es wieder eine deutliche Zunahme an Asylbewerbern, von denen viele auf Asylsozialhilfe angewiesen sind.»

Den noch jungen Verein ABO hatte vor allem der Ukraine-Krieg vor grosse Herausforderungen gestellt. Der Mitarbeiterstab sei binnen eines Jahres von 52 auf 135 gewachsen, berichtet Bieri, die kleinen Teams seien praktisch explodiert. «Es war und ist ein enormer Kraftakt, das Personal einzuarbeiten, die Strukturen anzupassen und die Räumlichkeiten zu organisieren.»

Inzwischen sei man aber weitgehend eingespielt und auch die Zuständigkeiten im Asylwesen seien nun klar. Die Fluchtbewegungen seien nach wie vor gross, so Bieri – allerdings kämen jetzt wieder vermehrt Menschen aus Afghanistan und der Türkei.

«Das ganze Jahr hindurch konnten wir einen Rückgang der Fallzahlen beobachten.»

Markus Bieri,
Leiter des regionalen Sozialdienstes,
zum Trend bei der Sozialhilfe

Aussergewöhnliche Helikopterflüge



Der «Super Puma» im Einsatz am Niesen. Rechts im Vordergrund das tonnenschwere Material, das transportiert werden muss. BILDER ZVG/NIESENBAHN AG

MÜLENEN Der Umbau von Antrieb und Steuerung der zweiten Sektion der Niesenbahn ist in vollem Gange. Vor Weihnachten konnten die Baumeisterarbeiten planmässig abgeschlossen werden. Nach einer zweiwöchigen Umbaupause wurden die Arbeiten der zweiten Baustappe am Montag, 9. Januar, wieder aufgenommen. Dies brachte bereits zwei Tage später spannende Eindrücke mit sich – am Niesen kam ein «Super Puma»-Helikopter der Heliswiss International AG zum Einsatz. Mit dem «Super Puma» wurden einerseits das neue Antriebsrad und Teile des Getriebes auf den Berg transportiert. Andererseits flog man das alte Antriebsrad ins Tal zurück. Die Ära dieses 114 Jahre alten Bauteils, das im Jahre 1909 (ohne Helikopterunterstützung!) eingebaut worden war, ging somit zu Ende.

Aufgrund des Gewichts und der Dimension der Teile – und weil die Standseilbahn in der zweiten Sektion aktuell nicht zur Verfügung steht –, griff man nun auf die Lösung mit den Spezialflügen zurück. Eine Hälfte des 2,9 Tonnen schweren alten Antriebsrades wird aus Respekt vor seiner 114-jährigen Geschichte bei der Talstation in Mülenen aufgestellt werden und ab Sommer 2023 zu begutachten sein.

Bei der AP22+ zeichnet sich eine Lösung ab

AGRARPOLITIK Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat ihre Beratung zur verkürzten AP22+ aufgenommen. AP22+ steht für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022. Das Projekt war wegen diverser «Zielkonflikte» zwischen Politik und Landwirtschaft zwischenzeitlich sisitiert worden. Strittig waren die weiter wachsenden Anforderungen an die Schweizer Landwirtschaft, die sich dadurch gegenüber dem Ausland benachteiligt sah. Auch die Senkung des Selbstversorgungsgrades auf 52 Prozent war umstritten, sodass sich die Politik schliesslich einen Marschhalt gönnte.

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates folgt nun offenbar weitgehend dem Ständerat. Dieser hatte in der Wintersession eine schlanke AP22+, das so genannte Mini-Paket, verabschiedet und dabei gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag nur wenige Korrekturen vorgenommen. Auch in der Kommission liegen die Entscheide der Mehrheit nun auf der Linie des Bundesrats. Dieser hatte im Postulatbericht zur künftigen Ausrichtung der Agrarpolitik festgehalten, dass nur die unumstrittenen Massnahmen bzw. Gesetzesanpassungen aus der AP22+ ins sogenannte Mini-Paket übernommen werden sollen.

Das Geschäft wird in der Wirtschaftskommission Ende Januar zu Ende beraten, bevor es in der Frühjahrsession in den Nationalrat kommt.

PRESSEDIENST
NIESENBAHN AG

POL